



### Erste wichtige Projekte wurden auf den Weg gebracht

Erste wichtige Projekte wurden in 100 Tagen Rot-Rot-Grün durch die Regierungskoalitionen im Thüringer Landtag auf den Weg gebracht oder sind bereits beschlossen.

Dazu gehört ein Kommunalfinanzierungsgesetz, mit dem die Thüringer Kommunen in diesem Jahr insgesamt 232 Millionen Euro mehr erhalten als im Jahr 2014. Beispielsweise werden den Landkreisen und kreisfreien Städte 30 Millionen Euro als Investitionspauschale für ihre Schulen zur Verfügung gestellt. Damit können dringende Investitionen an Schulgebäuden realisiert werden.

Ebenfalls in erster Beratung wurden zwei weitere wichtige Gesetzentwürfe der Fraktionen von Rot-Rot-Grün im Landtag debattiert: Das Gesetz zur Aufhebung des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes und das Gesetz über das Verbot von Funktionszulagen aus Fraktionsgeldern (wie dies noch bis vor kurzem die CDU-Fraktion praktizierte). Beschlossen wurde die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses, um die Aufklärung der Verbrechen des NSU und der Verantwortung der Behörden fortzusetzen und voranzutreiben. Die Konstituierung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses soll noch vor Ostern erfolgen.

„Wir machen Thüringen demokratischer, sozialer und ökologischer – wir bringen das Land voran“, betonte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag und Vorsitzende der Landespartei. ■

# Für Flüchtlingsschutz, gegen Dublin-III-Verordnung

**Online und per Unterschriftensammlung beteiligt sich die Linksfraktion im Thüringer Landtag an der von Pro Asyl initiierten Kampagne für die Abschaffung der Dublin-III-Verordnung.**

„Flüchtlinge dürfen nicht gezwungen sein, in Haftlagern, Elendsquartieren oder obdachlos auf der Straße während des Asylverfahrens einen ständigen Überlebenskampf führen zu müssen. Daher lehnen wir das unsolidarische europäische Dublin-System ab und setzen uns für dessen Abschaffung ein“, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin und Parteivorsitzende in Thüringen.

Die Dublin-III-Verordnung regelt, dass für das Asylverfahren der Staat zuständig ist, in dem erstmals EU-Territorium betreten wurde. „Damit macht man Europa zu einem Verschiebebahnhof, bei dem weder die Situation der Menschen eine Rolle spielt, noch die Aufnahmefähigkeit der für das Asylverfahren zuständigen Länder“, kritisierte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion, Sabine Berninger. Dadurch werde der Druck auf Länder an den EU-Außengrenzen immer mehr erhöht, Flüchtlinge abzuwehren. „Dies geschieht auf dem Rücken der schutzsuchenden Menschen“, so die Abgeordnete weiter. Die Thüringer Linksfraktion hatte mit einer symbolischen Aktion nach ihrer Fraktionssitzung

am 11. März die Kampagne „Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III“ unterstützt. „Wir wollen damit zugleich die vielen engagierten Menschen stärken, die sich, wie mehrfach in Erfurt, gegen so genannte Rücküberstellungen einsetzen.“

Erst in der Nacht zuvor hatten erneut Menschen in Erfurt gegen die Abschiebung eines jungen Mannes aus Eritrea demonstriert. „Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen,

gend verändert werden. Derjenige Staat sollte für ein Asylverfahren zuständig sein, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte. Dieses Prinzip der freien Wahl des Asylortes ist auf EU-Ebene rechtlich zu verankern. Etwaige Ungleichgewichte können durch Finanzmittel ausgeglichen werden. Flüchtlinge mit einem Flüchtlings- oder subsidiären Schutzstatus müssen nach Abschluss des Asylverfahrens wie Unionsbürger mit



die Abschiebungen blockieren oder durch die Gewährung und Unterstützung von Kirchenasylen dafür sorgen, dass Flüchtlinge bleiben können“, erklärten Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger.

Im Appell von Pro Asyl heißt es u.a.: „Die bislang lediglich technokratischen Zuständigkeitsregelungen des Dublin-Systems müssen grund-

dem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ausgestattet werden, damit sie sich überall in der Europäischen Union niederlassen können. Die Bundesregierung muss eine entsprechende politische Initiative auf EU-Ebene einbringen!“

Der Appell sowie Unterschriftenlisten zum Download unter:

[www.wir-treten-ein.de](http://www.wir-treten-ein.de) ■

## Sprecherfunktionen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE

**Berninger, Sabine:** Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik

**Blehschmidt, André:** Parlamentarischer Geschäftsführer, Medienpolitischer Sprecher

**Dittes, Steffen:** Innenpolitischer Sprecher

**Engel, Kati:** Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik

**Harzer, Steffen:** Sprecher für Energie-, Landesentwicklung und Landesplanung

**Hausold, Dieter:** Wirtschaftspolitischer Sprecher

**Hennig-Wellsow, Susanne:** Fraktionsvorsitzende

**Huster, Mike:** Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher



**Jung, Margit:** Landtags-Vizepräsidentin, familienpolitische Sprecherin  
**Kalich, Ralf:** Sprecher für Kommunalfinanz

**König, Katharina:** Sprecherin für Antifaschismus, Netzpolitik und Datenschutz

**Korschewsky, Knut:** Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher

**Kräuter, Rainer:** Gewerkschaftspolitischer Sprecher

**Kubitzki, Jörg:** Gesundheits- und Europapolitischer Sprecher

**Kummer, Tilo:** Sprecher für Umwelt und Forsten

**Kuschel, Frank:** Kommunalpolitischer Sprecher

**Leukefeld, Ina:** Sprecherin für Arbeitspolitik

**Lukasch, Ute:** Wohnungspoliti-

sche Sprecherin

**Lukin, Dr. Gudrun:** Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur

**Mitteldorf, Katja:** Stellv. Fraktionsvorsitzende, Kulturpolitische und Religionspolitische Sprecherin

**Müller, Anja:** Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung

**Schaft, Christian:** Wissenschafts- und Hochschulpolitischer Sprecher

**Scheringer-Wright, Dr. Johanna:** Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung

**Skibbe, Diana:** Sprecherin für Verbraucherschutz

**Stange, Karola:** Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik

**Wolf, Torsten:** Bildungspolitischer Sprecher

# „Zeit, die Karten neu zu mischen“

Die Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag haben gemeinsam mit Vertreterinnen des Landesfrauenrates und auch der Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner (LINKE) anlässlich des Equal Pay Days am 20. März vor dem Plenargebäude in Erfurt dem noch immer vorhandenen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern die Rote Karte gezeigt und mit einer symbolischen Aktion gefordert: „Es wird Zeit, dass die Karten neu gemischt werden!“

Mit 22 Prozent beträgt der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Bundesrepublik noch immer ein einiges mehr als in den meisten anderen europäischen Staaten (durchschnittlich 16 Prozent). Laut Bundesamt für Statistik erzielten die etwa 18 Millionen Arbeitnehmerinnen in Deutschland im Jahr 2014 im Durchschnitt le-

diglich einen Verdienst von 15,83 Euro pro Stunde (brutto), die Männer kamen auf 20,20 Euro. Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen sowie der CDU-Fraktion betonten, auch wenn die Einkommenslücke in Thüringen mit etwa acht Prozent etwas niedriger sei, könne dies nicht wirklich zufriedenstellen. Ministerin Heike Werner verwies auf das in Thüringen geringe Lohnniveau. „Schlimmer geht's nimmer“, sagte sie mit Blick auf den Bundesvergleich. Frauen seien damit auch besonders von Altersarmut betroffen. Die rot-rot-grüne Landesregierung unterstütze alle Initiativen, um die Lohn- und Einkommenslücke zu schließen.



Transparenz bei der Bezahlung und Branchentarifverträge, besonders auch in der Pflege, forderte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow. Der Equal Pay Day sei notwendig, um nachdrücklich Stellung zu beziehen. Die Gleichstellungspolitikerin der Fraktion, Karola Stange, unterstrich, „gleiche Bezah-

lung von Männern und Frauen bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit sollte eine Selbstverständlichkeit sein“. Den Lippenbekenntnissen müssten endlich Taten folgen. Leider betreffen aber Minijobs und prekäre Beschäftigung gerade auch in Thüringen überproportional die Frauen. ■



## Flurgespräch hinter den Kulissen im Thüringer Landtag

*Tagsüber sieht man die fleißigen Helferinnen hinter den Kulissen im Thüringer Landtag kaum. Wachschutz ja, Reinigungskräfte nur, wenn man länger im Büro ist. Deshalb war es für mich überraschend, auf dem Landtagsflur eine Kollegin zu treffen, die ich von gemeinsamen Aktionen der IG BAU, in der ich Mitglied bin, kenne. „Hallo, Marion, was machst du hier?“ Und sofort waren wir im Gespräch. Thema: Mindestlohn. Das sind die konkreten Geschichten, die uns selten im Landtag erzählt werden:*

*Marion Ohliger ist seit 30 Jahren im grünen Bereich tätig. Sie kam vor zehn Jahren aus Nordrhein-Westfalen und hatte dort schon 12.50 Euro Stundenverdienst. Absturz in Thüringen, langsam ging es aufwärts. Nach vielen Jah-*

*ren Stagnation schloss die Gewerkschaft dann im Dezember 2014 einen neuen Tarifvertrag ab: 8,10 Euro.*

*Ab 1.1. 2015 gilt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. Aber zu den zahlreichen Ausnahmen gehört eben auch die, dass Tarifverträge bis 2017 Gültigkeit haben und erst dann der Mindestlohn für diese Beschäftigten wirksam wird. Was soll man dazu sagen: angeschmiert. Warum nur hat dann die Gewerkschaft diesen Tarifvertrag kurz vor Wirksamwerden des Mindestlohnes überhaupt abgeschlossen? Antwort. Na, es gibt einen Stufenplan der Erhöhung und dann liegen wir 2017 bei 8.60 Euro. Falls der Mindestlohn, der durch eine Kommission der Tarifparteien künftig fortgeschrieben wird, auf längere Zeit eingefroren*

*würde, hätten die Kollegen dann wenigstens ab 2017 mehr. Was soll ich als Arbeitspolitikerin dazu sagen? Mit GUTER ARBEIT hat das nichts zu tun. Altersarmut kann so nicht verhindert werden. Wir müssen die Rechte von Beschäftigten in Betrieb und Gesellschaft stärken, um voran zu kommen. Das kann Politik, auch die einer rot-rot-grünen Landesregierung, alleine nicht. Da braucht es ein gutes Miteinander der Akteure in- und außerhalb der Parlamente.*

*Wir wollen im Rahmen einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 28. April (14 Uhr, Landtag) genau über dieses Thema diskutieren. Ich lade heute schon dazu ein. Hoffentlich kann Marion dann auch dabei sein.*

MdL Ina Leukefeld ■

## FRAKTION IN AKTION

### Wahlalter ab 16

„Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen ist ein wichtiger Schritt, um Jugendliche früher mitbestimmen zu lassen und ihnen deutlich zu machen, dass sie ein aktiver Teil der demokratischen Gesellschaft sind“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin. Mit der Absenkung des Wahlalters werde zudem erreicht, dass junge Menschen ab 16 sich auch an direktdemokratischen Abstimmungen im Land und in den Kommunen beteiligen dürfen. Mit diesen rot-rot-grünen Gesetzesinitiativen, die sich weitgehend an LINKE-Gesetzentwürfen der letzten Legislatur orientieren, werden die von der CDU praktizierte Demokratie-Blockade und der jahrzehntelange Stillstand bei der stärkeren Einbindung von Jugendlichen endlich beendet. ■

### Neuer NSU-Untersuchungsausschuss

Der Thüringer Landtag hat auf Antrag der Fraktionen LINKE, SPD, B90/Grüne und CDU in seiner Sitzung am 27. Februar die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses beschlossen. Gegenstand: „Fortsetzung der Aufarbeitung der dem 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) sowie der mit ihm kooperierenden Netzwerke zuzuordnenden Straftaten unter Berücksichtigung der Verantwortung der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, der zuständigen Ministerien sowie deren politischer Leitung bei der erfolglosen Fahndung nach den untergetauchten Mitgliedern des NSU.“

In der Plenardebatte nannte es die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, Katharina König, ein wichtiges Signal, dass der Landtag über parteipolitische Grenzen hinweg

agiere, denn die gemeinsame Aufklärungsarbeit müsse in mehreren Komplexen dringend fortgeführt werden. Das betreffe u.a. das mittlerweile beständige Netzwerk des NSU. „Das BKA spricht von mehr als 200 NSU-Unterstützern, unter denen sich 42 V-Leute diverser Verfassungsschutzbehörden befinden.“

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, verwies darauf, dass es ein Novum ist, dass ein Parlament bereits einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss einsetzt, aber angesichts der Verantwortung, die Thüringen trägt, sei dies folgerichtig und notwendig. „Schließlich ist der NSU aus Thüringer Neonazi-Strukturen heraus entstanden. Das sind wir nicht zuletzt den Angehörigen der Opfer schuldig“, betonte die Politikerin. ■

### Spitzel abschalten

„Dass wir den Thüringer Geheimdienst künftig straffer an die Leine nehmen und seine Befugnisse deutlich einschränken, ist auch eine Konsequenz aus dem tödlichen Versagen der Dienste. Die Geschichte des Thüringer Verfassungsschutzes ist von zahlreichen Skandalen geprägt. Die völlig realitätsferne Kritik der Thüringer CDU zeigt lediglich, dass die Partei nichts aus der NSU-Mordserie, dem gescheiterten NPD-Verbot und dem Fall Trinkaus gelernt hat. Die Weigerung, Konsequenzen zu ziehen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Opfer rechter Gewalt“, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesparteivorsitzende, zur Debatte um die Abschaltung der Geheimdienstspitzel durch die Thüringer Landesregierung. ■

# Erziehungsgeld wird abgeschafft

Die Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes – ein Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – wurde in erster Beratung in der Februarsitzung des Thüringer Landtags debattiert. Die LINKE-Familienpolitikerin Margit Jung begründete den Gesetzentwurf (folgend zitiert aus dem Plenarprotokoll):

Die Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben dem Thüringer Landtag den Gesetzentwurf vorgelegt, der in der letzten Wahlperiode zigfach hier in diesem Hohen Haus eingebracht wurde und entsprechend dem damaligen Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD abgelehnt worden ist. Deshalb war es natürlich zwingend, dass die jetzigen Koalitionspartner genau diesen Gesetzentwurf einbringen und die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes beschließen werden.

Ich will noch einmal einen kurzen Abriss geben, welche Argumente aus unserer Sicht gegen diese Leistung stehen. Das Erziehungsgeld stellt eine finanzielle Leistung des Landes Thüringen zur Förderung bestimmter Familien dar. Wir sind der Auffassung, dass eine solche Beschränkung der Familienförderung auf bestimmte Familien nicht zulässig ist.

Wenn es um eine soziale Bedürftigkeit ginge, müsste das Erziehungsgeld an Familien mit geringem Einkommen bezahlt werden, unabhängig davon, ob in dieser Familie beide Elternteile erwerbstätig sind. Ein häufiges Argument war die Wahlfreiheit. Die Frage ist aber, ob das Erziehungsgeld wirklich Wahlfreiheit vermittelt oder nur freie Wahl suggeriert. Betrachtet man das Erziehungsgeld unbefangen, wirkt es offensichtlich der Wahlfreiheit entgegen.

Ein wesentlicher Grund unserer Abschaffung ist aber auch die Auffassung der Befürworter, die diese staatliche Anerkennung für die Erziehungsleistung des daheim betreuenden Elternteils ausdrücklich betont. Doch auch dieses Argument ist aus unserer Sicht überhaupt nicht halt-

bar, denn es läuft im Kern der Anerkennung der Erziehungsleistung aller Eltern entgegen, unabhängig davon, wie sie die Kinderbetreuung im Einzelnen ausgestalten.

Ein weiteres Argument, das Erziehungsgeld als Ausgleich, lehnen wir ebenfalls ab. Die Fraktionen haben sich im Koalitionsvertrag geeinigt, dass das Thüringer Erziehungsgeld



Die Familienpolitikerin der Linksfraktion (und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags) Margit Jung.

als auch das Betreuungsgeld auf Bundesebene familien- und bildungspolitische Fehlentscheidungen darstellen. Wir haben hier mehrfach ausgeführt, dass diese Gelder im Landeshaushalt für familien- und bildungspolitische Leistungen, für die Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten, für den Ausbau der Eltern-Kind-Zentren und für andere familienpolitische Leistungen wesentlich sinnvoller eingesetzt werden können. Aus diesem Grund legen wir diesen Gesetzentwurf sehr zeitnah nach unserer Regierungsbildung vor.

**Heike Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen**

und Familie (LINKE), verwies im Landtag u.a. darauf, dass die freiwertenden Mittel für eine nachhaltige und gerechte Familien- und Sozialpolitik verwendet werden könnten und sie betonte in Anknüpfung an die vorgetragene Argumentation:

Diese kann ich sehr gut nachvollziehen und ich unterstütze sie auch. Ich habe den Wunsch gehört nach einer wirklichen gleichstellungsorientierten Familienpolitik, die eben allen Familienmitgliedern gleiche Entwicklungsmöglichkeiten bieten sollen. Dazu ist das Landeserziehungsgeld kontraproduktiv.

Der Gesetzentwurf geht auch konform mit den Informationen, die der Thüringer Rechnungshof zur Verfügung gestellt hat. Es wurde eben dargelegt, dass die mit dem Thüringer Erziehungsgeld tendierten Ziele, wie Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Betreuungsformen zu ermöglichen, Erziehungsleistungen zu honorieren und das Kindeswohl und die Kindergesundheit zu verbessern, nicht oder nur minimal erfüllt wurden.

Es wurde weiterhin vorgeschlagen, das Erziehungsgeld für andere familienpolitische Leistungen tatsächlich auch auszugeben oder umzusetzen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass seit 2006 240 Millionen Euro allein für diese umstrittene Leistung ausgegeben wurden.

Ich kann also insofern die entsprechende Regelung im Koalitionsvertrag wie auch den Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen nur als konsequente Umsetzung der Hinweise des Rechnungshofs verstehen. Gleichzeitig beglückwünsche ich auch die Koalition zur nun wirklich baldigen Beendigung einer nun offensichtlichen Leidensgeschichte. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

**Ladenöffnungsgesetz:** „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (v.11.3.) zum Ladenöffnungsgesetz ist ein positives Signal im Sinne des Interessenschutzes der Beschäftigten im Einzelhandel. Es hat sich gelohnt, im Thüringer Landtag konsequent an dieser Regelung festzuhalten, wonach Beschäftigten im Einzelhandel zwei freie Samstage im Monat zustehen“, so Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Insbesondere für Familien und Alleinerziehende ist die Entscheidung von großer Bedeutung. Es ist wichtig, dass die bedeutenden und durch das Grundgesetz geschützten Interessen der Beschäftigten vor den wirtschaftlichen Interessen weniger Unternehmer stehen.“

**Werra und Weser:** „Sollte der Bewirtschaftungsplanentwurf die weitere Versenkung von Kali-Lauge zulassen, würde er sich als Trojanisches Pferd entpuppen. Dann hätte der Kali-Konzern K+S sein Ziel erreicht“, warnte der Umweltpolitiker der Linksfraktion, Tilo Kummer, nachdem sich die sieben Anrainer-Länder von Werra und Weser unter dem Vorsitz Thüringens auf einen Bewirtschaftungsplan bis 2021 zur Verringerung der Salzbelastung der Flüsse geeinigt hatten.

„Es darf nicht passieren, dass das in der Protokollnotiz festgehaltene Thüringer Veto zur weiteren Versenkung in Hessen nicht ernst genommen wird und damit eine weitere Versalzung des Grundwassers im Werratal droht“, bekräftigte Dagmar Becker, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

[www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/](http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/) ■

## NACHRICHTEN

### Abgeordnetenbüros

„Angriffe auf Abgeordnetenbüros stellen einen nicht zu tolerierenden Versuch dar, politisch aktive Menschen einzuschüchtern und die Meinungsbildung zu beeinflussen“, so Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, zur Antwort der Landesregierung auf seine Kleine Anfrage zu Angriffen auf Abgeordnetenbüros im Jahr 2014. Dass die Zahl der Angriffe auf konstant hohem Niveau blieb, belege die unverändert bestehende Bereitschaft, den politischen Gegner auch gewaltsam zu attackieren. Dabei hätten sich 2014 fast 80 Prozent aller Angriffe gegen Abgeordnetenbüros der LINKEN gerichtet. Nehme man noch die Drohungen, Manipulationen von Fahrzeugen, anonymen Briefe und dergleichen mehr in den Blick, dann ergebe sich das Bild einer massiven Einschüchterungskampagne. ■



Auf Initiative des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (DIE LINKE) besuchte kürzlich Staatssekretär Dr. Klaus Sühl aus dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft den Ilm-Kreis. Auf dem Programm standen der Bahnhof Arnstadt mit dem ungelösten Toilettenproblem, die seit langem geplante Sanierung der Ortsdurchfahrt der L 2149 in Liebenstein und die nichtvorhandene Windchutzanlage an der Brücke der „Zahmen Gera“ auf der A 71. Start war am Bahnhof Arnstadt (siehe Foto). 1800 Reisende passieren nach Angaben von Christine Kromke, Leiterin des Bahnhofmanagements in Erfurt, diesen Knotenpunkt täglich. Erst vor zwei Jahren erfolgte die Sanierung mit rund 378.000 Euro. Auf die Errichtung einer Toilettenanlage wurde allerdings verzichtet. Nicht nur für den Staatssekretär „ein Unding“. ■

## TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen finden statt vom 25. bis 27. März, am 29. und 30. April und vom 27. bis 29. Mai.

### Fotoausstellung:

Die Ausstellung „PresseFoto Hessen-Thüringen 2014“ wird vom 26. März bis 22. April im Landtag gezeigt.

### Tag der offenen Tür:

Zum Vormerken: Am 13. Juni lädt der Landtag zum Tag der offenen Tür ein.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

# Wasserkraftwerk an Werra und Erdfall in Tiefenort

**Ist es möglich, in Bad Salzungen an der Werra wieder ein Wasserkraftwerk aufzubauen? Und wie kann die Landtagsfraktion den vom Erdfall betroffenen Bürgern in Tiefenort helfen? Diese zwei großen umwelt- und energiepolitischen Themen waren Anlass für einen Vor-Ort-Besuch der Abgeordneten der Linksfraktion Tilo Kummer, Sprecher für Umwelt und Forsten, Steffen Harzer, Sprecher für Energie, Landesentwicklung und Landesplanung, und Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung, am 16. März im Wartburgkreis.**

Eine Studie der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie (TLUG) besagt, dass im Bad Salzunger Ortsteil Kloster-Allendorf einer der letzten interessanten Thüringer Wasserkraftstandorte an der Werra ist, den nun auch die kommunale Gesellschaft „Neue Energien in Bad Salzungen GmbH“ für sich nutzen möchten. Um die Energiewende zu schaffen, brauchen wir nicht nur Wind- und Sonnenenergie, sondern auch die Kraft des Wassers. Doch Wasserkraftwerke sind immer auch Eingriffe in die Natur und häufig sogar tödliches Hindernis für Wanderfische, wie Lachs oder Aal, so der Fischereixperte Tilo Kummer.

Der Bürgermeister der Stadt Bad Salzungen, Klaus Bohl (Freie Wähler), betonte, dass für den Mühlengraben, einem Nebenfluss der Werra, dort wo das Wasserkraftwerk entstehen soll,



bereits eine Studie erstellt wurde, die besagt, dass neun von zehn Fischen aus der Werra dieses Nebengewässer nicht benutzen. Und auch jetzt gibt es schon eine Fischtreppe im Mühlengraben. Hilfe, so der Bürgermeister, benötigten sie beim Verfahren zur Interessensbekundung bei der TLUG. Steffen Harzer betonte, er freue sich, dass die Thüringer Energiegesellschaft mit im Boot ist, betreibt sie ja jetzt schon Wasserkraftwerke in Mihla, Spichra und Falken, alle im Wartburgkreis.

Es wird sicherlich nicht das letzte Gespräch zu diesem Thema in Bad Salzungen sein, so die Abgeordneten der Linksfraktion.

Dann ging es ein paar Kilometer weiter, nach Tiefenort. Dort ereignete sich vor 13 Jahren ein Erdfall. Seitdem ist es den direkt betroffenen Anwohnern verboten, in ihren Häusern zu wohnen. Der Landkreis hat von Beginn an die dauerhafte Nutzungsuntersagung für die fünf Familienhäu-



ser ausgesprochen. Kurt Block, Sprecher der Bürgerinitiative „Erdfallhilfeverein“, wohnt direkt nebenan. Erweitert sich der Erdfalltrichter, müssten auch die nächsten Anwohner ihre Häuser verlassen.

Warum schützt die Anwohner keiner? Und was soll die Gemeinde mit dem „Ghetto“ mitten im Ort machen?

Sie möchte die Häuser gerne abreißen lassen und die Anliegerstraße sanieren. Auf der Fläche des Erdfalls könnte dann eine Streuobstwiese entstehen, so der Tiefenorter Bürgermeister Ralf Rubisch. Diese Vision ist in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat entstanden, auch habe die Gemeinde schon einen Fördermittelbescheid über 134.000 Euro vom Landesverwaltungsamt für den Abriss

der Häuser erhalten. Steffen Harzer, langjähriger Bürgermeister in Hildburghausen, stellte verwundert fest: „Wie kann das Amt ohne rechtliche Grundlage einen Fördermittelbescheid ausreichen? Ohne Genehmigung der Hauseigentümer oder eine Grundstücksübertragung darf die Gemeinde die Grundstücke gar nicht betreten. Außerdem müsste geklärt werden, wie mit schwerem Gerät auf diesem unsicheren Untergrund gearbeitet werden soll?“

Fakt ist, die Hauseigentümer befinden sich in einem rechtlichen Dilemma. Die Versicherungen zahlen nicht, weil die Häuser noch stehen, sie also einen finanziellen Schaden erleiden,

aber keinen materiellen, so eine Urteilsbegründung des Thüringer Oberverwaltungsgerichts.

Aber wie kann man den Menschen und der Gemeinde helfen? Tilo Kummer spricht von einem sehr komplexen Themenfeld. Zuerst müsse man prüfen, inwieweit Hilfsfonds für die

Betroffenen eingerichtet werden könnten, dann müssten die Grundstücksfragen geklärt werden, die Häuser abgerissen und das Gebiet saniert werden. Immer unter Einbeziehung der Fachbehörden, denn schließlich sei der Erdfall ja noch aktiv. Aber auch die Rolle der Kalilauge muss nochmals geprüft werden, so Kummer weiter.

Tiefenorts Bürgermeister weiß, dass das Land schon viel Geld, insgesamt 1,2 Millionen Euro, in die Messeinrichtungen investiert hat, dennoch zum Abschluss des Gesprächs die Bitte, die Tiefenorter auch jetzt nicht alleine zulassen. Anja Müller ist es wichtig, die Fachpolitiker vor Ort mit einzubeziehen. Nur so, sagt sie zum Abschluss „können wir gemeinsam die Politik für die Menschen in Thüringen verändern“.

MdL Anja Müller

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Inbegriff des Filzes

Die CDU Thüringen Sorge sich, so ist zu vernehmen, weil sie glaubt, die Linkspartei wolle Ministerien, Verwaltungen und Kommunen zum Gegenstand linker „Kaderpolitik“ machen. Konkrete Hinweise gibt es zwar keine, doch „Stellen im öffentlichen Dienst“, entgegnet vorsorglich die CDU, „werden nach Recht und Gesetz, nach Befähigung und Eignung vergeben – und nicht nach Parteibuch.“

Es ist freilich ein Treppenwitz der Thüringer Geschichte, dass sich ausgerechnet die CDU, der Inbegriff des Personalfilzes, dazu überhaupt zu äußern wagt. Vielleicht hat sie sich aber auch radikal geändert. Sie will jetzt „jeden Versuch“, an der zitierten Form der Stellenvergabe etwas zu ändern, „unnachgiebig benennen“.

Damit soll hier schon einmal angefangen werden. Die CDU kann dann nachlegen und Personalleichen im eigenen Keller exhumieren. So lange die CDU regierte, zahlte sich die direkte Nähe der Unions-Monarchen aus. So wurde unter einem Bernhard Vogel derart dreist eine Katholiken-Seilschaft in hohe Positionen gehievt, dass die Mafia dagegen wie Waisenknaben ausschaut. Einige der Personalien geistern noch heute beamtet durch die Flure.

Mit einem Dieter Althaus studiert zu haben, konnte – Eignung und Befähigung hin oder her – bedeuten, Staatssekretär zu werden. Für den Bruder reichte es zum Chefposten des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien. Wer mit Althaus zumindest noch Fußball spielte, der konnte in der Staatskanzlei sprichwörtlich „die Treppe hinauffallen“ und Abteilungsleiter werden. Und noch ein Stichwort: Gnauck...

„Öffentliche Bedienstete exekutieren keine Parteitagebeschlüsse“, greint nun die offenbar geläuterte CDU. Früher, als sie noch selbst regierte, war das ganz anders.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.